

KOMMENTAR



Markus Lohninger über Gmünds Vorbildrolle in Sachen Rad und Verkehr

Nebeneinander ist möglich

Ein toter E-Biker in Hoheneich, zwei getötete Kleinkinder bei Korneuburg, schon ist sie da: die Debatte zur Sicherheit der Radfahrer im Straßenverkehr – häufig geführt um fehlende Helme statt um die Gefahr durch den motorisierten Verkehr. Radler fördern ihr Wohlbefinden und ihre Gesundheit, schonen Ressourcen. Aber sie leiden unter einem völlig auf Autofahrer fokussierten Verkehrssystem, das das Rad – wie mancher Autofahrer – übersieht (aktuell: B41-Hoheneich, wo neben vier Spuren kein Platz für zumindest minimale Radstreifen bleibt). Sie werden großteils auf Güterwegen und Nebenstraßen quer durch die Pampa geschickt.

Die Stadt Gmünd zeigt seit einigen Jahren vor, wie es gehen kann – mit konsequenter Suche nach sicheren Radwegen direkt an Hauptachsen. Das Rad ist fixer Teil jedes Straßenprojektes. Das ist teuer, zäh, oft nur ein Kompromiss und Stückwerk. Es hilft aber, das Rad ins kollektive Bewusstsein zu rücken. Höchste Zeit, dass das auch andere Gemeinden und Land NÖ erkennen.

m.lohninger@noen.at

„Viele trauen sich mit Kind nicht fahren“

Sicherheit für Radfahrer | Nach dem tödlichen Unfall mit einem Fahrradanhänger, bei dem zwei Kinder gestorben sind, ist eine Debatte über das Radwegnetz in NÖ entbrannt.

Von Anna Hohenbichler

BEZIRK GMÜND | Einen Monat ist der tragische Unfall in Hoheneich her, bei dem ein Radfahrer sein Leben verlor. Bei allen Meldungen über Unfälle mit Radfahrern stellt sich auch im Bezirk die Frage nach der Sicherheit dieser Verkehrsteilnehmer.

Das Thema soll auch auf die Agenda der Gmünder Radlobby, die sich derzeit formiert, kommen. Kristin Harrich, begeisterte Radfahrerin und Vertreterin dieser Radlobby, nennt im NÖN-Gespräch die Beweggründe: Aktiven Radfahrern seien Probleme in der

Umsetzung von Radwegen und Gefahrenstellen aufgefallen. Die

Sicherheit für Radfahrer im Bezirk allgemein bewertet sie als mittelmäßig. „Kinder und Senioren sind leider wesentlich größerem Risiko ausgesetzt.“

Dass das Radfahren mit Kind eine Herausforderung darstellt, sagt auch Christian Dogl, Obmann der Kleinregion Waldviertler Stadtland und Vizebürgermeister in Waldenstein.

Wenn seine Gattin und er mit der sechsjährigen Tochter unterwegs sind, versuchen sie möglichst auf Ausweichstrecken zu fahren.

Aber: „Oft geht es gar nicht anders und wir müssen auf der Bundesstraße fahren.“ Sorgen

bereitet den Eltern vor allem, wenn sie von Autos überholt werden. Ein Radanhänger für Tochter Elena wäre für Christian und Marina Dogl nie infrage gekommen. Dogl sieht hohen Bedarf nach Radwegen: „Auch Gäste der Region Gmünd weisen immer wieder auf das Problem hin, viele trauen sich mit Kind gar nicht Rad fahren.“ Das Thema sei aber oberste Priorität aller Bürgermeister der Kleinregion. Dogl: „Wir sind uns einig, dass das Radwegnetz nicht ausreichend ist. Der Ausbau und



Darüber spricht Niederösterreich!

Mehr dazu auf: [NÖN.at](http://noen.at)

LEITARTIKEL DES CHEFREDAKTEURS



Daniel Lohninger über die Notwendigkeit, bei Straßenbauprojekten auf die Radfahrer nicht zu vergessen.

Plädoyer für Radwege

Fast jeder kennt es – das mulmige Gefühl, wenn man mit dem Fahrrad auf einer Überlandstraße unterwegs ist. Und von Autos überholt wird, die dabei mehr oder weniger Platz neben dem Fahrrad lassen und mehr oder weniger die erlaubten 100 km/h fahren. Passiert dann ein tragischer Unfall wie in Hausleiten,

ist man gerade in den sogenannten Sozialen Medien mit Schuldzuweisungen flott zur Stelle – am Problem selbst ändert sich aber nichts.

Denn das Problem ist, dass es allen Sonntagsreden zum Trotz kein echtes Radwegnetz in Niederösterreich gibt. Ja, es gibt touristisch motivierte Radwege wie den Donauradweg oder den Traisentalradweg. Ja, es gibt gute Radweg-Passagen. Aber ein Radwegnetz, auf dem Radfahrer sicher und rasch von A nach B kommen, gibt es nicht – schon gar nicht eines, das Überlandstraßen einbezieht. So verwundert es nicht, dass auch in Hausleiten bei der Sanierung der Straße, auf der der tödliche Unfall passiert ist, die Errichtung eines Radweges neben der Straße kein Thema war. Das wä-

re er nur gewesen, wenn sich die Region dafür stark gemacht hätte, betont man beim Land.

Obwohl sich Anlassgesetzgebung in der Vergangenheit als wenig ratsam erwiesen hat: Die Tragödie in Hausleiten sollte den Anstoß dafür geben, dass endlich verpflichtend bei jedem Straßenprojekt die Errichtung eines Radweges geprüft wird, wie von der Radlobby seit Jahren gefordert. Und das nicht nur aus Gründen der Verkehrssicherheit, sondern auch aus Gründen des Klimaschutzes. Denn nur wenn es gelingt, das Radfahren zumindest auf kurzen Strecken zur sicheren und attraktiven Alternative zum Auto zu machen, lassen sich die Klimaschutzziele erreichen.

d.lohninger@noen.at



Christian Dogl, Obmann der Kleinregion Waldviertler StadtLand, ist die mangelhafte Situation in Sachen Radwege bewusst – auch aus eigener Erfahrung mit Gattin Marina und Tochter Elena. Foto: Anna Hohenbichler

Lückenschluss steht aber für alle ganz oben auf der Agenda.“

In der Kleinregion Lainsitztal gebe es für Radler beschiedene Wege, sagt der Obmann und Weitraer Bürgermeister Raimund Fuchs. Mit diesen Routen wolle man vor allem Familien mit Kindern und Gelegenheitsradfahrern eine Alternative abseits der Bundesstraßen bieten. Im innerstädtischen Verkehr in Weitra gibt es einen einzigen Radweg – vom Rathaus in Richtung Doktor-Kordik-Platz. Der Ausbau des Radwegnetzes in der Stadt sei aus Platzgründen sehr schwierig, zeigt Fuchs auf.

Großes Netz, aber kaum echte Radwege

Drei Mal pro Woche radelt Günter Binder zur Arbeit von Weitra ans Bezirksgericht Gmünd, dessen Amtsleiter er ist. Für ihn steht der Nutzen für die Gesundheit und die Bewegung im Vordergrund. Umso mehr beschäftigt auch der Sicherheitsaspekt beim Radeln. Weil er das Fahren auf der Bundesstraße als zu gefährlich einstuft, weicht er auf Nebenstrecken aus. Binder betont: „Wenn die Bundesstraße der einzige Weg wäre, um von

Weitra nach Gmünd zu kommen, würde ich sicher nicht mit dem Rad fahren.“ Großen Aufholbedarf sieht er im Radwegnetz: „Das ist im ganzen Waldviertel mangelhaft. Beim Straßenbau sollten die Radwege auch gleich mitgeplant werden.“

Angesprochen auf die Sicherheitslage für ältere Radfahrer sagt Roland Ernst, Alltagsradler aus Alt-Nagelberg: „Gerade als älterer Radfahrer sollte man nicht so viel riskieren und auf die anderen Verkehrsteilnehmer achten.“ Der 70-Jährige streicht ebenfalls den Mangel an Radwegen hervor.

Rainer Hirschmann, Obmann der Kleinregion Waldviertel Nord und Litschauer Bürgermeister, wertet die B5 als eine der größten Problemstellen für Radfahrer in der Nordregion. Die Straße führt von Waidhofen über Heidenreichstein bis zur Staatsgrenze in Grametten. Vor allem die geringe Fahrbahnbreite stelle eine Gefahr dar, betont Hirschmann im NÖN-Gespräch: „Es gab bereits Gespräche mit dem Land NÖ wegen einer Straßenverbreiterung.“ Mittelfristig sei das aber schwer umsetzbar und müsse Teil langfristiger Planungen sein, zeigt er auf.

NÖ Radlobby fordert Tempo 80

Polit-Diskussion | Nach tragischem Unfall wird ein Limit auf Landesstraßen ohne Radweg gefordert.

Von Linda Goldsteiner und Anita Kiefer

Zwei Kleinkinder, ein und vier Jahre alt, starben am 4. August bei einem tragischen Unfall: Ein Pkw hatte auf der B19 bei Hausleiten (Bezirk Korneuburg) einen Fahrradanhänger erfasst, der an ein Elektrofahrrad gekoppelt war.

Dieser Unfall hat auch heftige Diskussionen ausgelöst. Zum einen erneuerte die NÖ Radlobby ihre Forderung nach einem Tempolimit von 80 km/h auf Landesstraßen, wo keine Radverkehrsanlage besteht. Außerdem kritisiert die Radlobby, dass bei der 2018 vorgenommenen Erneuerung der B19 kein Begleitradweg errichtet wurde. Bei jeder Baustelle entlang von Landesstraßen solle eine Verkehrsprüfung für einen Radweg mit erfolgen, so der Standpunkt der Radlobby. „Das funktioniert in einigen Ländern sehr gut, in NÖ geht das sehr langsam“, bedauert Vorsitzender Karl Zauner.

„Dazu bedarf es eines entsprechenden Wunsches aus der Region“, heißt vom NÖ Straßendienst zu dieser Forderung. Erst dann würden die Möglichkeiten geprüft. Für den Ausbau des Radwegnetzes gebe es finanzielle Unterstützung des Landes – konkret 2,7 Millionen Euro für das Jahr 2019, heißt es aus dem Büro von Verkehrslandesrat

Ludwig Schleritzko (VP). Auf die Frage, ob verschärfte Gesetze notwendig sind, um Unfälle wie jenen in Hausleiten zu verhindern, verweist man im Büro Schleritzko auf den Bund.

Dass das Radwegnetz in NÖ ausgebaut werden soll, darüber sind sich auch die anderen im Landtag vertretenen Parteien – SPÖ, FPÖ, Grüne und NEOS – einig. Gerhard Razborcan von der SPNÖ will „die gesetzlichen Rahmenbedingungen an neue Gefährte anpassen und so unfallvorbeugend wirken“. Radverkehr auf den Landesstraßen hält FPNÖ-Verkehrssprecher Dieter Dorner „generell für äußerst gefährlich“ – er will ebenfalls einen Ausbau des Radwegnetzes.

Die NÖ Grünen wünschen sich grundsätzlich mehr Radfahrer auf den Straßen. NEOS-Verkehrssprecherin Edith Kollermann kann sich vorstellen, Fahrradanhänger für Landesstraßen ohne Radwege nicht zuzulassen.

Rad: Opfer 2018

2018 gab es auf Niederösterreichs Straßen 11 Tote nach Unfällen mit Fahrrad, E-Fahrrad oder E-Scooter, 318 Personen wurden schwer verletzt, es gab 910 Leichtverletzte sowie 4 leicht verletzte Mitfahrer.

Insgesamt: 1.243 Verletzungen, davon 11 tödlich. Quelle: LPD NÖ



Landesstraße ohne Radweg: Limit gefordert.

Foto: www.BilderBox.com